

Fragen

**für die Fragestunde der 220. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 27. Februar 2002**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Aigner, Ilse (CDU/CSU)	25, 26	Dr. Müller, Gerd (CDU/CSU)	27, 28
Dr. Gehb, Jürgen (CDU/CSU)	1, 2	Niebel, Dirk (FDP)	13, 14
Dr. Haussmann, Helmut (FDP)	19, 20	Nolting, Günther Friedrich (FDP)	29, 30
Heiderich, Helmut (CDU/CSU)	17, 18	Dr. Röttgen, Norbert (CDU/CSU)	3, 4
Janovsky, Georg (CDU/CSU)	9, 10	Dr. Rose, Klaus (CDU/CSU)	5, 6
Dr. Kolb, Heinrich L. (FDP)	15, 16	Siemann, Werner (CDU/CSU)	23, 24
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	11, 12	Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU)	7, 8
Dr. Lamers, Karl A. (Heidelberg)	21, 22		
(CDU/CSU)			

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	4
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	6

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

1. Abgeordneter
Dr. Jürgen Gehb
(CDU/CSU) Welche Änderungen der Strafandrohung für die Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten analog dem deutschen § 126 Strafgesetzbuch („Trittbrettfahrer“) werden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union geplant bzw. sind seit dem 11. September 2001 vollzogen worden?

2. Abgeordneter
Dr. Jürgen Gehb
(CDU/CSU) Welche Änderungen im Strafrecht plant die Bundesregierung als Folge der Erklärung der Staats- oder Regierungschefs der Europäischen Union vom 19. Oktober 2001, dass „gegen die verantwortungslosen Personen, die die derzeitige Situation ausnutzen, um falschen Alarm auszulösen, (...) die Mitgliedstaaten entschlossene Maßnahmen ergreifen (werden), indem sie insbesondere Straftaten dieser Art streng ahnden“?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

3. Abgeordneter
Dr. Norbert Röttgen
(CDU/CSU) Was hat die Bundesregierung zu ihren Ausführungen zur Umsatzsteuerpflicht von Betreuungsvereinen in dem Rundschreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 21. September 2000 veranlasst, wenn die Betreuungsvereine ohnehin auch zuvor mit ihrer Umsatzsteuerpflichtigkeit rechnen mussten, dies daher auch den örtlichen Finanzämtern bekannt sein musste und diese Ausführungen auch nicht durch das Berufsvormündervergütungsgesetz, das am 1. Januar 1999 in Kraft getreten ist, motiviert waren?

4. Abgeordneter
Dr. Norbert Röttgen
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass die durch die rückwirkende Steuerveranlagung bedingten finanziellen Belastungen die Betreuungsvereine teilweise in ihrer Existenz gefährden und hält sie dies unter dem Hintergrund der durch die rückwirkende Veranlagung erzielten Steuermehreinnahmen für vertretbar?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

5. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Rose**
(CDU/CSU) Ist sich die Bundesregierung der Bedeutung der Silicium-Herstellung in Bayern für den Wirtschaftsstandort Deutschland bewusst?
6. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Rose**
(CDU/CSU) Was tut die Bundesregierung, um die durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das Gesetz für die Erhaltung, die Modernisierung und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und durch die Strommarktliberalisierung steigenden Stromkosten bei Siliciumproduzenten einzudämmen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

7. Abgeordneter
**Peter
Weiß**
(Emmendingen)
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung Berichte Russlands und der USA, dass Al-Qaida-Kämpfer sich im zu Georgien gehörenden Pankisi-Tal aufhalten?
8. Abgeordneter
**Peter
Weiß**
(Emmendingen)
(CDU/CSU) Gibt es erste Sondierungen oder Anfragen der georgischen Regierung bei der NATO, sich eventuell an einer Militäraktion gegen die Al-Qaida-Kämpfer und andere Terrorgruppen in Georgien zu beteiligen?
9. Abgeordneter
**Georg
Janovsky**
(CDU/CSU) Inwieweit kann die Bundesregierung Presseberichte (Quelle: DER SPIEGEL, 8/2002, S. 60f.) bestätigen, wonach sich die deutsche Minderheit in der Tschechischen Republik auch heute noch Schikanen und Benachteiligungen ausgesetzt sieht, und inwieweit hat der Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, dies im Rahmen seiner jüngsten Reise nach Prag thematisiert?
10. Abgeordneter
**Georg
Janovsky**
(CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung zur Wahrung oder Verbesserung der Rechte der deutschen Minderheit in der Tschechischen Republik zu unternehmen, und inwieweit hält sie vor dem Hintergrund

von Presseberichten (DER SPIEGEL, 8/2002, S. 60 f.) an ihrer bisherigen Auffassung fest, die Benesch-Dekrete seien in ihrer Wirkung erloschen?

11. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)

Aufgrund welcher gegenüber dem Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, bei dessen Besuch in Prag abgegebenen Erklärungen des tschechischen Ministerpräsidenten, Milos Zeman, hält der Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, die Irritationen im deutsch-tschechischen Verhältnis für ausgeräumt (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 21. Februar 2002), die nach den Äußerungen des tschechischen Ministerpräsidenten, Milos Zeman, in der österreichischen Zeitschrift „Profil“, in der israelischen Zeitung „Haaretz“ sowie im tschechischen Programm der BBC entstanden sind?

12. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung die Auffassung des tschechischen Außenministers Jan Kavan: „Wir können die Dekrete [gemeint sind die Benesch-Dekrete] für uns nicht als Unrecht empfinden“ (Quelle: Sächsische Zeitung vom 18. Februar 2002), und hat der Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, diese Auffassung der Bundesregierung der tschechischen Regierung beim Besuch in Prag dargelegt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

13. Abgeordneter
**Dirk
Niebel**
(FDP)

Was hat der Richter im Vergabesenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf nach Kenntnis der Bundesregierung zur Rechtmäßigkeit des Vertrages mit der Firma Efp zur Abwicklung der EU-Fördermittel Equal gesagt, und wie wird die Bundesregierung darauf reagieren?

14. Abgeordneter
**Dirk
Niebel**
(FDP)

Welche Verwendung hat die Bundesregierung inzwischen für den für das Vergabeverfahren zuständigen Referatsleiter gefunden, und wie wirkt sie sich auf das Disziplinarverfahren aus?

15. Abgeordneter
Dr. Heinrich L. Kolb
(FDP)
- Plant die Bundesregierung eine Initiative, um nach dem Urteil des Sozialgerichts Gelsenkirchen vom 2. November 2001 (Az: S 24 KR 125/00) die Nachforderung von Sozialversicherungsbeiträgen auf nicht zugeflossene Arbeitsentgelte (sog. Phantomlohn) auf einen Zeitraum bis zum 31. März 2000 zu begrenzen?
16. Abgeordneter
Dr. Heinrich L. Kolb
(FDP)
- Beabsichtigt die Bundesregierung darüber hinaus im Wege der Änderung des § 14 Abs. 1 Viertes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IV) oder einer Verordnung nach § 17 Abs. 1 Nr. 2 SGB IV, der Berechnung der Sozialversicherungsbeiträge das sog. Zuflussprinzip aus dem Steuerrecht zugrunde zu legen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

17. Abgeordneter
Helmut Heiderich
(CDU/CSU)
- Mit welchen finanziellen Beträgen beabsichtigt die Bundesregierung Investitionsmittel zur Schaffung der infrastrukturellen Voraussetzungen im Bundeswehrstandort Rotenburg/Fulda zur Aufnahme des Divisionskommandos „Luftbewegliche Operationen“ in den Bundeshaushalt 2003 und in die weitere Finanzplanung des Bundes im Einzelnen aufzunehmen vor dem Hintergrund der Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister der Verteidigung, Brigitte Schulte, auf meine Frage 21 in der Fragestunde am 23. Januar 2002, Plenarprotokoll 14/211, S. 20905 B, wonach bisher „noch keine Haushaltsmittel für die Stationierung Kommando Division Luftbewegliche Operationen in Rotenburg an der Fulda bereitgestellt“ wurden?
18. Abgeordneter
Helmut Heiderich
(CDU/CSU)
- Zu welchem Zeitpunkt wird die Bundesregierung die Anweisung an die Division „Luftbewegliche Operationen“ erteilen, den Umzug des Divisionskommandos von Veitshöchheim nach Rotenburg a. d. Fulda vorzubereiten, und wird die Bundesregierung diesen Umzug für einen konkreten Stichtag oder Zug um Zug anordnen?
19. Abgeordneter
Dr. Helmut Haussmann
(FDP)
- Wird der Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, in Kürze ein neues Truppenübungskonzept erlassen, das unter anderem zwingend zur Schließung des Truppenübungsplatzes Münsingen führt?

20. Abgeordneter
**Dr. Helmut
Haussmann**
(FDP)
- Plant die Bundesregierung im Falle der Schließung des Truppenübungsplatzes Münsingen eine Folgenutzung oder wird das Gelände der Kommune zur Verfügung gestellt?
21. Abgeordneter
**Dr. Karl A.
Lamers**
(Heidelberg)
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung Presseberichte vom 22. Februar 2002 bestätigen, in denen angekündigt wird, dass der Truppenübungsplatz Münsingen (Baden-Württemberg) 2005 aufgelöst wird (vgl. Schwäbische Zeitung vom 22. Februar 2002)?
22. Abgeordneter
**Dr. Karl A.
Lamers**
(Heidelberg)
(CDU/CSU)
- Wie viele Bedienstete der Bundeswehr (Soldaten und Zivilangestellte) wären von einer Schließung des Truppenübungsplatzes Münsingen betroffen, und welche Maßnahmen (Versetzungen, Entlassungen usw.) müssen die Betroffenen erwarten?
23. Abgeordneter
**Werner
Siemann**
(CDU/CSU)
- Gibt es Überlegungen oder Pläne von Seiten des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) im Rahmen der Erarbeitung des neuen Truppenübungsplatzkonzeptes Truppenübungsplätze zu schließen oder zurückzustufen, und wenn ja, welche Truppenübungsplätze sind nach derzeitigem Stand davon betroffen?
24. Abgeordneter
**Werner
Siemann**
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt das BMVg den Auslandsverwendungszuschlag für die im Kosovo und in Mazedonien eingesetzten Soldaten der Bundeswehr zu verringern, und wenn ja, wie wird diese Reduzierung begründet?
25. Abgeordnete
**Ilse
Aigner**
(CDU/CSU)
- Wie begründet die Bundesregierung den Baustopp vom April 2001 in der Fernmeldeschule des Heeres Feldafing, obwohl dort nach Angaben örtlicher Standortvertreter Sanierungsmaßnahmen (u. a. Lehrraumgebäude und Abwasserentsorgung) zwingend notwendig sind, um einen Betrieb über den 1. Januar 2003 hinaus aufrechtzuerhalten, unabhängig davon, ob die Fernmeldeschule verlegt wird oder nicht, und dass dadurch vermeidbare Mehrausgaben in Höhe von etwa 13,5 Mio. Euro entstehen?

26. Abgeordnete
**Ilse
Aigner**
(CDU/CSU)
- Welche wirtschaftlichen und militärischen Gründe gibt es dafür, bei der festgelegten Auflösung eines Fernmeldebataillons statt wie ursprünglich geplant den Standort Dillingen nun den Standort Murnau zu schließen, und wie stellt sich der derzeitige Sanierungsbedarf für das Fernmeldebataillon am Standort Dillingen dar?
27. Abgeordneter
**Dr. Gerd
Müller**
(CDU/CSU)
- Welche Sanierungspläne liegen der Annahme des Bundesministers der Verteidigung, Rudolf Scharping, zugrunde, dass die Sanierung der Generaloberst-Beck-Kaserne in Sonthofen zum Verbleib der Schule für Feldjäger mit einem Aufwand von 44 Mio. Euro saniert werden müsste?
28. Abgeordneter
**Dr. Gerd
Müller**
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, bereit, die veranschlagten Kostenschätzungen für die Sanierung der Generaloberst-Beck-Kaserne in Sonthofen und die Erhebung der Investitions- und Verlegungskosten in der Emmich-Cambrai-Kaserne in Hannover durch einen unabhängigen Gutachter überprüfen zu lassen?
29. Abgeordneter
**Günther Friedrich
Nolting**
(FDP)
- Wann plant die Bundesregierung welche wehrtechnischen Beschaffungsvorhaben in den parlamentarischen Gremien vorzulegen?
30. Abgeordneter
**Günther Friedrich
Nolting**
(FDP)
- Hält die Bundesregierung die persönliche Schutzausrüstung aller im Auslandseinsatz befindlichen Bundeswehrangehörigen für ausreichend und bis wann gedenkt sie einen eventuellen Verbesserungsbedarf zu realisieren?